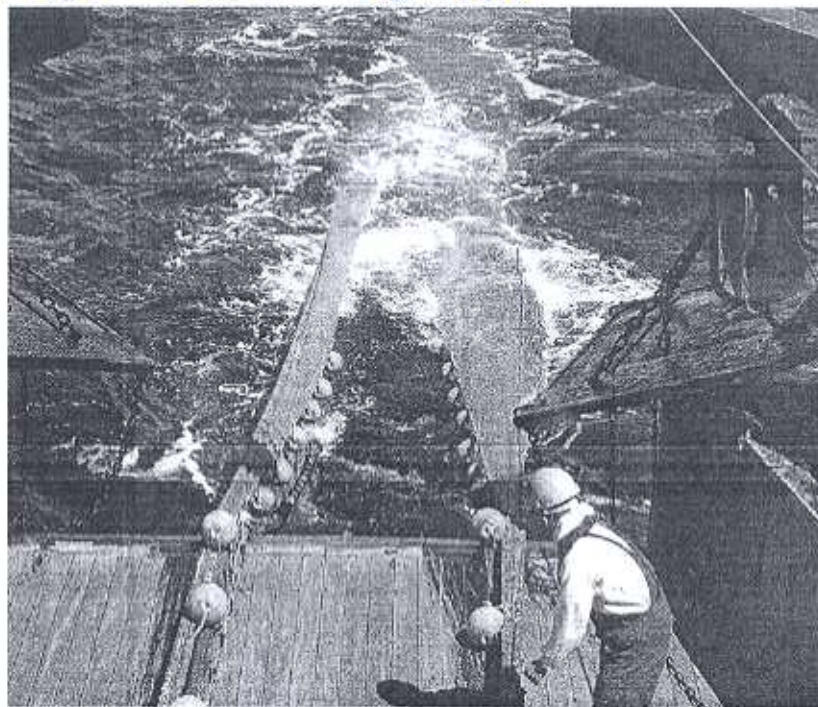




Haie zählen zu den Meeresbewohnern, deren Bestände besonders stark zurückgegangen sind.



Die Fischerei mit Schleppnetzen hat in den Meeren großen Schaden angerichtet.

Immer weniger große Fische in den Meeren

Renommierter Fischereibiologe spricht von einer dramatischen Entwicklung mit weitreichenden Folgen

Von unserem Redakteur
Jürgen Wendler

BREMEN. Als Folge der intensiven Fischerei sind die Bestände an großen Fischen wie Haie oder Thunfischen um mehr als 90 Prozent zurückgegangen. Die Entwicklung sei dramatisch und werde weitreichende Folgen haben, sagte Professor Dr. Daniel M. Pauly, Direktor des Fischereizentrums an der Universität von British-Columbia, gegenüber unserer Zeitung.

Der Wissenschaftler aus dem kanadischen Vancouver, der zu den führenden Fischereibiologen zählt, ist zurzeit zu Gast am Bremer Zentrum für Marine Tropenökologie. Nach seinen Worten greift der Mensch immer stärker in die Nahrungsketten der Ozeane ein.

Weil die Bestände an großen Fischen, zu denen auch Schwertfische, aber auch Arten wie Dorsch oder Heilbutt zählten, nicht mehr genug hergäben, würden inzwischen zum Beispiel vermehrt Hummer, Krabben und Garnelen gefangen. Diese seien aber

zugleich Beutetiere für große Fische. Mit anderen Worten: Ein Teufelskreis sei in Gang gesetzt worden.

Wie verheerend die Entwicklung sei, lasse sich besonders gut am Beispiel der Quallen zeigen, betonte Pauly. Sie könnten sich ungehindert vermehren, weil sie nicht mehr von großen Fischen gefressen würden. Junge Quallen könnten mittlerweile ungestört am Meeresboden aufwachsen. Die Schleppnetzfischerei habe dafür gesorgt, dass ihre Konkurrenten verschwunden seien.

„Grundsleppnetze machen den Boden kaputt. Am Ende bleibt nur noch Schlamm“, erläuterte der Fachmann. Damit fehlten aber zugleich jene Organismen, die früher als Filter für die vom Menschen ins Meer geleiteten Schadstoffe gedient hätten. Schlammige Böden, mehr Schadstoffe, mehr Quallen: Diese schädliche Kombination führe letztlich dazu, dass immer größere Meeresteile regelrecht umkippten. „Algenblüten in Gebieten wie der Adria waren vor einigen Jahren noch die Ausnahme. Nun werden sie

vermutlich mehr und mehr zur Regel“, sagte Pauly.

Verbraucher in reichen Ländern wie Deutschland sind es noch immer gewohnt, beim Fischverzehr nicht verzichten zu müssen. „Allerdings ist den meisten Leuten nicht klar, dass selbst Fische wie Heilbutt oder Dorsch, die früher in heimischen Gewässern gefangen wurden, heute von weit hergebracht werden müssen“, so der in Frankreich geborene Fischereibiologe, der am Institut für Meereskunde der Universität Kiel studiert hat. Nach Europa gelangten selbst Fische, die vor Westafrika oder gar im Pazifik gefangen würden. Letztlich versorge der Süden den Norden – allerdings um den hohen Preis, dass Fische als Nahrungsgrundlage in den ärmeren Teilen der Welt fehlten.

Zur Veranschaulichung griff Pauly zu einem Vergleich: „Von dem Reis, der in asiatischen Ländern angebaut wird, gelangen höchstens fünf Prozent in den internationalen Handel. Bei den Fischen sind es rund 50 Prozent.“ Die Menschen in Westafrika hätten nicht nur weniger Fisch zu essen, son-

dern profitierten noch nicht einmal von der Fischerei vor ihren Küsten. Den Fischfang besorgten nicht diese Länder selbst, sondern Flotten aus anderen Teilen der Welt.

Wie Pauly weiter erklärte, sind die Fangmengen der Fischer in aller Welt zuletzt Jahr für Jahr um etwa eine halbe Million Tonnen gesunken. Eine Erholung der Bestände sei nur schwer zu erreichen. Haie zum Beispiel, die unter anderem wegen ihrer für Suppen verwendeten Flossen begehrt seien, vermehrten sich nur langsam.

Den einzigen möglichen Ansatzpunkt, um eine Trendwende zu erreichen, sieht der Wissenschaftler nach eigener Aussage darin, die Fangaktivitäten drastisch zu verringern. „Wenn weniger gefischt wird, haben die Fischer dafür irgendwann wieder mehr Tiere in ihren Netzen“, sagte er. Bislang, so Pauly, gebe es kaum Bereiche, in denen sich Bestände ungestört erholen könnten. Nur ein Prozent der Meere sei entsprechend geschützt. „Tatsächlich müssten solche Schutzgebiete zehn bis 20 Prozent ausmachen“, erklärte der Professor.